

II-10443 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5235 /J

1990 -03- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Parnigoni
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Hubschrauberlandungen in niederösterreichischen Gemeinden

Dem Vernehmen nach hat Landeshauptmann Haider am Wahlkampf für die niederösterreichischen Gemeinderatswahlen intensiv teilgenommen. Seine kurzen Auftritte in zahlreichen Gemeinden wurden u. a. dadurch möglich, daß das von ihm benutzte Verkehrsmittel - dem Vernehmen nach - ein Hubschrauber war.

Es ist verwunderlich, daß dieses besonders lärmintensive Fluggerät von Landeshauptmann Haider zu Propagandazwecken extensiv benutzt wird, es ist allerdings noch verwunderlicher, daß der für die Genehmigung der Landungen dieses Fluggeräts zuständige Landeshauptmann diese anscheinend auch sang- und klanglos gegeben haben muß.

Da bei diesem Fluggerät eine besonders intensive Lärmentwicklung die Bevölkerung sehr belästigt, wurde die Genehmigungspraxis in den letzten Jahren in allen Ländern immer restriktiver.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, daß Landeshauptmann Haider bei seinen Wahlunterstützungsreisen als Transportmittel öfter einen Hubschrauber benutzt hat?

- 2 -

2. Sind Sie bereit im Wege Ihres Aufsichtsrechtes den Landeshauptmann von Niederösterreich dahingehend um Auskunft zu ersuchen, ob die notwendigen Landegenehmigungen von ihm erteilt wurden?
3. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Sicht Ihres Ressorts, für den Fall, daß die in Frage 1 getroffene Annahme richtig ist und keine Bewilligungen erteilt wurden?
4. Gibt es Möglichkeiten für Sie als Aufsichtsbehörde konkrete Rahmenbedingungen für die Bewilligungserteilung bei Hubschraubereinsätzen zu sorgen?
5. Wenn ja, in welcher Form?
6. Für den Fall, daß die in Frage 1 getroffene Annahme richtig ist, sind Sie bereit mitzuteilen um welches Transportunternehmen es sich gehandelt hat?
7. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Sicht Ihres Ressorts gegen das Transportunternehmen einzuschreiten, wenn die in Frage 1 getroffene Annahme richtig ist und keine Bewilligung erteilt wurde?